



DL21

#leftlessons

## #leftlessons Staffel 2, Nr.7 – Vorbereitung

### Zivil zum gerechten Frieden – Eine Aktualisierung

mit Dr. Corinna Hauswedell

Frau Hauswedell studierte u.a. Geschichte, Germanistik und Erziehungswissenschaften. Sie war in der Studierendenbewegung und der Friedensbewegung bereits engagiert als sie sich 1997 einer Arbeit über „Friedenswissenschaften im Kalten Krieg“ an der Universität Hamburg promovierte. Sie arbeitet zu außenpolitischen Strategien und Konzepte zur Gewalteinhegung sowie zur Geschichte und Wirkungen des Nordirlandkonfliktes bis hin zum Brexit. Ausgehend von ihrer Tätigkeit am Bonn International Center for Conversion (BICC) von 1994 bis 2006 war sie zwischen 2001 und 2017 Mitherausgeberin des Friedensgutachtens der wichtigsten deutschen Friedensforschungsinstitute. Von 2006 bis 2009 war sie Studienleiterin für Internationale Politik und Geschichte an der Evangelischen Akademie Loccum, von 2014 bis 2017 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST). Seit 2013 leitet sie in Bonn die Forschungsstelle Conflict Analysis and Dialogue (CoAD) und war von 2018/19 als Gastdozentin des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) an der Deutsch-Kasachischen Universität (DKU) in Almaty/Kasachstan tätig. Sie gründete mit anderen die Vierteljahresschrift Wissenschaft & Frieden, deren Mitherausgeberin sie seit 1990 ist. Als Vorsitzende der Blätter-Gesellschaft seit 2010 wirkt sie an der Herausgabe der Monatszeitschrift Blätter für deutsche und internationale Politik mit.

*Wir wollen mit ihr unter anderem diskutieren:*

- Welche Perspektive, aus „Corona“ zu lernen, beinhaltet die Forderung des UN-Generalsekretärs António Guterres nach einem globalen Waffenstillstand?
- Welches Sicherheitsverständnis sollte die internationalen Beziehungen heute prägen?
- Wie kann und sollte das Verhältnis von ziviler und militärischen Konfliktintervention aussehen?
- Was bedeutet dies für eine „besondere Verantwortung“ der deutschen Außenpolitik?
- (Wie) Kann die EU eine friedensmächtige Rolle spielen?

DL21

#leftlessons

## Zur Vorbereitung:

### I. Reale globale Herausforderungen vs. Bedrohungsszenarien

Am 23. März 2020 forderte der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres:

*„Lassen wir uns von Koalitionen und Dialogen inspirieren, die sich langsam zwischen rivalisierenden Parteien bilden, um gemeinsame Ansätze gegen COVID-19 zu ermöglichen. Aber wir brauchen noch viel mehr. Wir müssen die Krankheit des Krieges beenden und die Krankheit bekämpfen, die unsere Welt verwüstet. Es beginnt damit, dass wir die Kämpfe überall stoppen. Und zwar sofort. Das ist es, was unsere Menschheitsfamilie braucht, jetzt mehr denn je.“*

Obgleich die Pandemie erneut verdeutlicht, dass die Menschheit die Herausforderungen, vor denen sie steht, nur gemeinsam und friedlich bewältigen kann, ist die Welt kein friedlicherer Ort geworden. Das wesentliche Hindernis einer solidarischen Antwort auf die Gesundheitskrise, auf die massiv steigende Ungleichheit, die ökologische Krise oder die demographische Ungleichentwicklung ist: die Militarisierung der internationalen Beziehungen.

Der Vorrang des Militärisch im Sicherheitsdenken und der Sicherheitspolitik und damit der Glaube, Gewalteinsetz könne Krisen und Konflikte lösen, sind zu einer der größten Bedrohungen der Menschheit geworden. Dieser Irrweg wird seit längerem beschritten und ist auch während der Pandemie nicht verlassen worden, wovon nicht zuletzt wachsende Rüstungsausgaben und Rüstungsexporte zeugen.

2016 veröffentlichte die Europäische Union ein Dokument mit dem Titel „Shared Visions, Common Action: A Stronger Europe. Global Strategy for the European Union Foreign and Security Policy.“<sup>1</sup> Darin wurde die derzeitige Entwicklung der gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU entworfen. Bei aller leutseligen Betonung der Verbundenheit mit „den Menschenrechten und der Herrschaft des Rechts“ sowie der Zielsetzung, zur Verwirklichung der SDG's der Vereinten Nationen beizutragen, heißt es darin auch:

*„In dieser fragilen Welt ist weiche Macht (Soft Power) nicht genug: Wir müssen unsere Glaubwürdigkeit in Sicherheit und Verteidigung erhöhen. Um auf externe Krisen Antworten zu können, müssen die Kapazitäten unserer Partner ausgebaut und muss Europa geschützt werden, die Mitgliedstaaten müssen ein genügendes Niveau der Verteidigungsausgaben*

---

<sup>1</sup> Die „Globale Strategie“ findet man hier: <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/3eaae2cf-9ac5-11e6-868c-01aa75ed71a1>

DL21

#leftlessons

*sicherstellen. (...) Fähigkeiten müssen entwickelt werden (...) zur Unterstützung der EU, NATO, UN und anderen multinationalen Anstrengungen. Das zivil militärische Niveau der Bestrebungen, Aufgaben, Anforderungen und Kapazitäten muss spezifiziert werden.“ (Europäische Union 2016: 44,4 45)*

*„Die Mitgliedstaaten müssen sich der Verteidigungskooperation als Norm nähern. (...) Die Mitgliedstaaten bleiben souverän hinsichtlich ihrer Entscheidungen zur Verteidigung: Dennoch sind National orientierte Verteidigungsprogramme unzureichend (...). Die freiwillige Annäherung an Verteidigungskooperation muss sich in reale Verpflichtungen übersetzen.“ (ebd.)*

*Ein freiwilliger jährlicher Überprüfungsprozess der Planung für Militärausgaben „sollte in voller Kohärenz mit dem Planungsprozess der NATO zur Verteidigung stehen. (...) Eine nachhaltige, innovative und wettbewerbsfähige europäische Verteidigungsindustrie einschließlich der Koordination von Rüstungsprojekten und Verteidigungsbeschaffung ist essentiell für Europas strategische Autonomie und für eine glaubwürdige GSVP. Eine solide europäische Basis für Verteidigung, Technologie und Industrie braucht einen fairen, funktionierenden und transparenten Binnenmarkt, Versorgungsgüter für Sicherheit und einen strukturierten Dialog mit verteidigungsrelevanten Industrien.“ (Europäische Union 2016: 46).*

*„Wir müssen die Fähigkeit für schnelle Reaktionen entwickeln, auch indem wir die (...) Hindernisse angehen, die die Aufstellung von Battlegroups behindern. Dazu sollte die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten gesucht werden Punkt. (...) Das könnte zu einer mehr strukturierten Form der Zusammenarbeit führen und den vollen Gebrauch des Potentials des Lissabon-Vertrags ermöglichen.“ (Europäische Union 2016: 47) „Gleichzeitig müssen wir die zivilen Missionen – ein Warenzeichen der GSVP – entwickeln. (...) Wir müssen die optionalen Planungs- und Führungsstrukturen verstärken und engere Beziehungen zwischen zivilen und militärischen Strukturen und Missionen in dem Bewußtsein aufbauen, dass sie Zusammenwirken stattfinden.“ (Europäische Union 2016: 48.)<sup>2</sup>*

Konkretisiert wurden diese Vorhaben für die Bundeswehr jüngst in einem „Reformpapier“ der Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer und des Generalinspektors Eckart Zorn:

*„Die Rolle als Anlehnungsnation für die Fähigkeiten und Strukturen unserer Verbündeten, vor allem jener mit vergleichsweise kleineren militärischen Möglichkeiten. Hieraus erwächst die*

---

<sup>2</sup> Zitiert nach: Ulrich Frey: „Vernetztes Handeln und Zusammenarbeit in Europa aus der Sicht des Konzeptes von „Friedenslogik statt Sicherheitslogik“, 2017.

**DL21**

**#leftlessons**

*Notwendigkeit, die Bundeswehr breit aufzustellen, damit sie in allen militärischen Bereichen für unsere Partner andockfähig ist. Ein breites militärisches Profil ist kein Luxus, sondern eine strategische Notwendigkeit. Ohne eine vielfältig einsetzbare Bundeswehr kann es kein handlungsfähiges Europa geben.*

*Die Rolle als „first responder“, der aufgrund seiner zentralen Lage schneller als alle anderen bei Krisenfällen insbesondere an den Außengrenzen von NATO und EU zur Stelle sein muss. Dies gilt für das Baltikum ebenso wie für den Balkan, für das Mittelmeer ebenso wie für die Nord- und Ostsee.*

*Die Rolle als „Drehscheibe“ im Bündnis, die in der Mitte Europas entscheidend ist für die Mobilität verbündeter Streitkräfte. Deutschland muss Infrastruktur und Logistik vorhalten und seinen Beitrag zur Koordination und zum Schutz leisten, damit Operationen im gesamten Bündnisgebiet reibungslos durchgeführt werden können.“<sup>3</sup>*

Dieses offenkundige Bestreben, die Bundeswehr an den Grenzen zu Russland und in der ganzen Welt zum Einsatz bringen zu können, hat mit der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit, wie sie Grundlage der Politik der „Gemeinsamen Sicherheit“ im Rahmen des KSZE-Prozesses war und einzig den Frieden in Europa sichern kann, nichts mehr zu tun. Das Bundesministerium postuliert in diesem „Reformpapier“ zur Rechtfertigung eine umfassende Bedrohungslage für die Bundesrepublik und ihre Bündnispartner. Diese bestünde in einer unausweichlichen globalen Aufrüstung, Cyber-Angriffen, einer massiven Aufrüstungsaktivität Russlands sowie dem Aufstreben Chinas:

*„Aus dieser Lage ergeben sich sehr konkrete Bedrohungen für Deutschland und seine Bürgerinnen und Bürger, denen wir begegnen müssen: Übergriffe auf uns und unsere Bündnispartner, die Grenzen, den Luftraum, die Hoheitsgewässer und den Datenraum. Angriffe auf kritische Infrastrukturen, Kommunikationswege und unsere offene Gesellschaft.“ (ebd.)*

Wer muss angesichts so offenkundig auf Aufrüstung und Angriffsfähigkeit gerichteter Angstpropaganda nicht an Stanley Kubricks Film „Dr. Seltsam – Oder: Wie ich lernte, die Bombe zu lieben“ denken?

---

<sup>3</sup> Bundesministerium für Verteidigung (Die Verteidigungsministerin, Der Generalinspekteur): Positionspapier „Gedanken zur Bundeswehr der Zukunft“, 9. Februar 2021.

DL21

#leftlessons

### Gemeinsame Sicherheit – Eine Renaissance?

Erheblich geistesgegenwärtiger als die oben wiedergegebenen Einlassungen von EU und Bundesverteidigungsministerin sind folgende Gedanken Egon Bahrs:

*„Dies ist altes Denken, oder es ist Denken, das seine Rechtfertigung in einer Phase der potentiellen Konfrontation der beiden Blöcke zwischen Ost und West fand. Solange ich auf Konfrontation gehe oder mich in der Konfrontation befindlich glaube, ist es das natürlichste der Welt, dass ich militärische, politisch, psychologisch stärker werden will als mein potentieller Gegner. Dieses alte Denken ist aber sinnlos geworden. Es ist sinnlos geworden deshalb, weil es keine militärische Stärke mehr gibt und keine militärische Stärke mehr erreichbar ist, die ‚Siegfähigkeit‘ schafft. Die Hoffnung auf Sieg ist ausgelöscht. Und wenn ich per definitionem zu dem Ergebnis kommen soll und will, dass beide Seiten die gleiche Sicherheit haben, dann wird naturnotwendig der potentielle Gegner zu dem Partner meiner eigenen Sicherheit, denn ich kann ja diese Sicherheit nur mit ihm erreichen. Es ist also ganz sinnlos geworden, kleine Vorteile erreichen zu können oder sagen wir in der Methodik des 19. Jahrhunderts einen diplomatischen Kampf mit dem Ziel des eigenen Vorteils zu führen. Das heißt, der Stil der Verhandlungen muss ich auch ändern. Der Stil der Verhandlungen muss dem zu erreichenden Zielen angemessen sein, nämlich Gemeinsamer Sicherheit.“<sup>4</sup>*

Die Aktualität und Notwendigkeit einer Perspektive Gemeinsamer Sicherheit ist gegenwärtig nicht zu unterschätzen. Wiederum ist mit Jahresbeginn 2021 der Zeiger der „Doomsday-Clock“, der Weltuntergangs-Uhr, nach vorne gerückt auf 100 Sekunden vor Mitternacht.<sup>5</sup>

Gleichwohl befürwortet global eine Mehrheit der Menschen vollständige nukleare Abrüstung, wird zivile Konfliktlösung prinzipiell bevorzugt und ist für eine neue globale Entspannungspolitik vielleicht mit der Wahl eines demokratischen US-Präsidenten eine bessere Voraussetzung geschaffen, als sie noch vor einem Jahr bestand.

In dieser Lage lohnt es sich an einige Elemente der historischen Entspannungspolitik zu erinnern.

Nachdem die Kuba-Krise Anfang der 1960er Jahre beinahe zu einer atomaren Konfrontation der beiden Supermächte geführt hätte, waren beide Administrationen (J.F. Kennedy und Chruschtschow) bereit, erste Abrüstungsschritte zu gehen und zu verhandeln. Die

---

<sup>4</sup> Egon Bahr: Gemeinsame Sicherheit als Aufgabe der Politik; in: Peter Fischer-Appelt, Dieter S. Lutz (Hg.): Universitäten im Friedensdialog: Eine Austausch-Vorlesungsreihe zwischen der Humboldt-Universität und der Universität Hamburg zum Thema Gemeinsame Sicherheit, Baden-Baden 1990, S. 207 – 218.

<sup>5</sup> <https://thebulletin.org/doomsday-clock/>

DL21

#leftlessons

amerikanische „Strategie of Peace“ anstelle der „Pax Americana“ setzte auf Diplomatie und Entwicklung, statt auf Erstarrung. Sie öffnete den Korridor, aus dem heraus Willy Brandt und Egon Bahr bereits in Berlin mit dem Passierscheinabkommen Mitte der 1960er Jahre eine erste Öffnung für Gespräche und Kooperationen zwischen Ost und West etablieren konnten. Entscheidend war dafür nicht zuletzt, dass es gelang, das „humanitäre“ Interesse der Berliner Bevölkerung, Verwandtenbesuche zu ermöglichen, zum gemeinsamen Dritten der Verhandlungspartner zu machen und sich in der Verwirklichung dieses Anliegens nicht durch Fragen der Staats- oder Grenzenerkennung, gemeinsamer Bezeichnungen oder moralischer Überordnungen einzuschränken.

Als Willy Brandt Bundeskanzler wurde, 1969, waren nach der Niederschlagung des Prager Frühlings die Vorzeichen für eine Annäherung wiederum nicht minder ungünstig als kurz nach dem Mauerbau. Dennoch haben Brandt und Bahr sofort die Gespräche mit den Staaten des Warschauer Pakts begonnen.

*„Das Ergebnis waren Verträge zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik (Moskauer Vertrag 12. August 1970) und der Warschauer Vertrag zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik (7. Dezember 1970). An diesem Tage fiel Bundeskanzler Willy Brandt vor dem Ghetto-Denkmal in Warschau in die Knie. Beide Verträge flossen in die weiteren Ostverträge und die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) vom 1. August 1975 ein. Schlüsselbegriffe darin waren der „Gewaltverzicht“ (Verzicht auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt“, die „Unverletzlichkeit“ (nicht die „Endgültigkeit“) der Grenzen, die im „Konsens aller Beteiligten“ friedlich geändert werden könnten und die „Respektierung“ (nicht „Anerkennung“) der DDR als gleichberechtigter souveräner Staat und die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO.“<sup>6</sup>*

Basierend auf denselben Einsichten und Leitlinien für die Gemeinsame Sicherheit legte 1982 eine Kommission unter Leitung des schwedischen Ministerpräsidenten [Olof Palme](#) ein Memorandum zu Abrüstung und gemeinsamer Sicherheit vor. Das Ergebnis dieser Beratungen wurde als „Palme-Bericht“ im Sommer 1982 der UNO-Vollversammlung mit folgenden Empfehlungen vorgetragen:

- Truppenreduzierung in Europa
- Abbau der strategischen Waffen
- Errichtung von atom- und chemiewaffenfreien Zonen in Europa
- Verbot von Atomtests weltweit

---

<sup>6</sup> Ulrich Frey: Eine neue Entspannungspolitik? Neue Ansätze sind nötig! Ein Überblick; 2021; zu finden auf der Recherche-Plattform: <http://www.konfliktbearbeitung.net/bibliothek/friedens-konfliktforschung>

DL21

#leftlessons

- Abbau der Mittelstreckenraketen in Europa
- Verbot von Weltraumwaffen.

All diese Prozesse waren notwendige Bedingungen dafür, dass beim Zusammenbruch des Systems des Warschauer Pakts die historische Möglichkeit für eine Transformation in eine zivile Weltordnung bestanden hätte.

Bestes Zeugnis davon gibt wahrscheinlich die „Charta von Paris“, die am 21. November 1990 von 35 europäischen Staaten unterschrieben wurde. Eine europäische Friedensordnung, die Wirkung „von Vancouver bis Wladiwostok“ entfalten sollte wurde bei dieser Sonderkonferenz der KSZE vereinbart. unterzeichnenden Staaten verpflichteten sich:

- eine „dauerhafte und gerechte Friedensordnung für ein geeintes demokratisches Europa“ aufzubauen,
- „uneingeschränkt die Vereinten Nationen und ihre Rolle bei der Förderung von Frieden, Sicherheit und Gerechtigkeit in der Welt“ zu stärken,
- auf „neue Formen der Zusammenarbeit (...) zur friedlichen Beilegung von Streitfällen einschließlich der obligatorischen Hinzuziehung einer Drittpartei“,
- „bei der Festigung von Vertrauen und Sicherheit untereinander sowie bei der Förderung der Rüstungskontrolle und Abrüstung zusammenzuarbeiten“ und
- auf „verstärkte Achtung der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, ... Festigung des Friedens und ... Förderung der Einheit in Europa durch eine neue Qualität des politischen Dialogs und der politischen Zusammenarbeit“.<sup>7</sup>

Hanne-Magret Birckenbach kennzeichnet diese Charta als „Strukturbildendes Dokument“ für das folgende Jahrzehnt<sup>8</sup>. Als die UdSSR und der Warschauer Pakt zerfielen, war keinesfalls gewährleistet, dass damit eine Phase der Abrüstung und des Friedens begonnen werden konnte; vielmehr war der imperiale Hunger, der sich im permanenten Sieg wädhenden westlichen Seite vorhanden und entsprechende Ängste bei allen anderen auch. Dennoch führte Russland alle russischen Truppen und Atomwaffen aus Mitteleuropa zurück, wurde 1995 der Atomwaffensperrvertrag unbefristet verlängert und 1997 entstand die NATO-

---

<sup>7</sup> <http://www.osce.org/de/mc/39518?download=true>

<sup>8</sup> Hanne-Margret Birckenbach, Zur Europäischen Friedensordnung – Und es gibt sie doch!, in: Die Friedenswarte, Vol. 92, 2017-2019.



DL21

#leftlessons

Russland Grundakte, in der sich NATO und Russland nicht mehr als Gegner definierten und die den Weg zum NATO-Russlandrat (2002) öffnete.

Diese historische Offenheit wurde jedoch nicht für einen kontinuierlichen Prozess gemeinsamer Entwicklung, Zusammenarbeit und Sicherheit genutzt, sondern sehr bald von neuen Nationalismen, Separatismus, dem Bemühen der NATO um eine neue, militaristische Strategie zur Rechtfertigung ihrer Fortexistenz bzw. im Interesse des militärisch-industriellen Komplexes nicht genutzt. Seit der Jahrtausendwende, spätestens seit 2007 ist ein neuer Ost-West-Gegensatz entstanden, der nicht minder gefährlich für die Fortexistenz unserer Zivilisation ist als der Kalte Krieg es war.

Es besteht somit eine dringende Notwendigkeit für eine Erneuerung der Entspannungspolitik. Dabei sind zwei Bedingungen im Westen zu akzeptieren. Erstens ist Frieden in Europa nicht ohne und nicht gegen Russland möglich. Zweitens ist die NATO militärisch der russischen Seite um mehr als das 20fache überlegen. Es ist immer an denjenigen, die überlegen sind, gegebenenfalls auch mit einseitigen Schritten die Wege für neue Gespräche über gemeinsame Sicherheit und Abrüstung zu öffnen. Dies war in den 1980er Jahren nicht anders, als der Warschauer Pakt den Westen mit seinen Vorschlägen und Schritten zur Abrüstung überraschte.

Für die politischen Akteure ist darüber hinaus notwendig zu erkennen, dass die Studierenden-, Friedens- und gewerkschaftliche Bewegung sowie die Friedensforschung die Rahmenbedingungen schaffen, die eine Politik der Entspannung möglich machen. Es ist staatliche Verantwortung, zivile Konfliktlösung zu forcieren, aber es sind entsprechende Haltungen, Engagement und Kultur in den betreffenden Gesellschaften, die Bedingungen des Gelingens sind. Und auch sie können und müssen durch offizielle Politik gefördert, konsultiert und reflektiert werden.

Es gibt eine umfassende Reihe von Vorschlägen, wie eine „Neue Entspannungspolitik“ aussehen könnte. Sie alle fußen nicht zuletzt in den theoretischen und friedenswissenschaftlichen Vorstellungen und der politischen Erfahrung der Friedensbewegung und -forschung sowie der europäischen Sozialdemokratie aus der Zeit zwischen 1961 und 1991.<sup>9</sup>

---

<sup>9</sup> Zum Weiterlesen:

a) <https://neue-entspannungspolitik.berlin/>

b) <http://www.willy-brandt-kreis.de/>

c) <http://www.konfliktbearbeitung.net/dokumente/neue-entspannungspolitik-neue-ansaetze-noetig-ueberblick>



### Friedenslogik oder Sicherheitslogik – Was ist der Unterschied?

Christiane Lammers stellt die Entwicklung des Begriffs „Friedenslogik“ als Gegensatz zur „Sicherheitslogik“ in der Außenpolitik als eine Reaktion der Friedensbewegung und Friedensforschung auf die permanente Militarisierung der Außenpolitik seit der Ausrufung des „War on Terror“ (2001) vor.<sup>10</sup> Sie geht davon aus, dass diese Militarisierung, einschließlich der wachsenden Beteiligung der Bundeswehr an Militärinterventionen, zwar einerseits scheinbar eine höhere öffentliche Akzeptanz erhalte, andererseits aber offenkundig scheitert. Für die zahlreichen, nicht zuletzt kirchlichen Entwicklungsorganisationen, die sich um zivile Kooperation und Konfliktlösung, Gewaltunterbrechung und die kooperative Schaffung von gerechte(re)n Lebensverhältnissen bemühen, ergab sich demzufolge aus dieser Militarisierung auch zunehmend eine Vereinnahmung von zivilem globalem Engagement für letztlich militärische und geostrategische Zwecke. Dies wurde bereits in Afghanistan und Irak seitens der NATO durch „zivil-militärische Kooperation“ verfolgt, und der im Zusammenhang mit der GSVP immer wiederkehrende Begriff der „Vernetzten Sicherheit“ verbirgt diese problematische Entwicklung nur schlecht.

Für ein leichtes systematisches Verständnis auf die Unterschiede einer auf Friedenslogik basierten und einer in der Sicherheitslogik ruhenden Politik, können wir auf eine Darstellung der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung zurückgreifen<sup>11</sup>.

### Vergleich von Sicherheitslogik und Friedenslogik auf einen Blick:

<b>Was ist das Problem?</b>	<b>Bedrohung, Gefahr, Unsicherheit</b> <i>Handlungen orientieren sich an:</i>  Gefahrenabwehr und Verteidigung	<b>Gewalt, die bevorsteht oder bereits stattfindet</b> <i>Handlungen orientieren sich an:</i>  Gewaltprävention und Gewaltabbau
-----------------------------	---	---

<sup>10</sup> Christiane Lammers: Das Projekt „Friedenslogik“ im Kontext der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung; in: Sicherheit und Frieden, 3/2020, S. 123-178.

<sup>11</sup> Vgl. [http://www.konfliktbearbeitung.net/sites/default/files/friedenslogik\\_d-8s-web.pdf](http://www.konfliktbearbeitung.net/sites/default/files/friedenslogik_d-8s-web.pdf)

DL21

#leftlessons

<b>Wie ist das Problem entstanden?</b>	<b>durch andere/von außen</b> <i>Handlungen orientieren sich an:</i> Schuldzuschreibung / eigene Abgrenzung / Selbstbestätigung <b>Selbstschutz und Abwendung</b>	<b>Komplexe Konflikte</b> <i>Handlungen orientieren sich an:</i> Konfliktanalyse unter Einbeziehung eigener Verantwortung
<b>Wie wird das Problem bearbeitet?</b>	<i>Handlungsansatz ist:</i> Abschreckung / Drohung / Aufrüstung / Einsatz von Gewaltmitteln	<b>Kooperative Problemlösung mit den am Konflikt Beteiligten</b> <i>Handlungsansatz ist:</i> Deeskalation und Konfliktbearbeitung, dabei Beachtung von Dialog- und Prozessorientierung
<b>Wodurch wird eigenes Handeln gerechtfertigt?</b>	<b>Vorrecht eigener (nationaler) Interessen</b> <i>Rechtfertigung führt zu:</i> Unterordnung und Anpassung von Normen an die Interessen	<b>Anwendung von Menschenrechten und Völkerrecht</b> <i>Rechtfertigung führt zu:</i> Werteorientierter Überprüfung eigener Interessen und ggf. Korrektur / Modifikation
<b>Wie wird auf Scheitern und Misserfolg reagiert?</b>	<b>Keine Selbstkritik</b> <i>Handlungsfolge ist:</i> Verschärfung des eigenen Mitteleinsatzes / Eskalation oder Rückzug und Passivität	<b>offene Reflexion des bisherigen Vorgehens</b> <i>Handlungsfolge ist:</i> Einräumung von Problemen bzw. Fehlern / Suche nach gewaltfreien Alternativen

Friedenslogisches Denken und Handeln basiert darauf, **Gewalt prinzipiell für ein Problem zu halten**. Sie ist physische und strukturelle **Gewalt als Nichtbeachtung wesentlicher, verallgemeinerbarer Bedürfnisse des Menschen**. Sie muss überwunden werden.

Im Sinne friedenslogischen Handelns ist es deshalb geboten, eine differenzierte **Analyse der Konfliktursachen – einschließlich der eigenen Mitverantwortung** – zu unternehmen, da sie „Lösung“ nicht versteht als Unterdrückung des Problems, sondern als seine ursächliche Überwindung.

Es geht in diesem Ansatz daher immer darum, Gewalt zu **deeskalieren, Verständigung und Einsicht in die gegenseitigen bzw. gemeinsamen Interessen zu fördern**. Prämissen

DL21

#leftlessons

und Rahmenbedingungen, die ein Gespräch mit dieser Richtung behindern oder blockieren könnten, werden zunächst ausgeschlossen.

Relevant für eine Gelingen ist die ethische **Überprüfbarkeit und Nachvollziehbarkeit** der Motive der Akteure. Für deutsche Außenpolitik wird mittlerweile sehr freihändig mit dem Begriff der Interessen hantiert, ohne dass eine **Rückbindung an die Menschenrechts-Charta** der Vereinten Nationen oder der SDG's praktisch stattfindende. Sie ist aber erforderlich, um Interessen und Werte nicht auseinanderlaufen zu lassen.

Letztes wesentliches Prinzip friedenslogischen Handelns ist ein offener Umgang mit Misserfolgen. Evaluation, Diskussion, Kritik und scharfe Analyse bedingen die Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit der Akteure. **Nur wenn aus Fehlern gelernt werden kann, sie also nicht vertuscht werden, ist ein zivilisierender Prozess neu in Gang zu setzen.**

### **Was tut die deutsche Außen- und „Verteidigungs-“politik?**

Zweifellos haben die Friedensbewegung und Friedensforschung erheblich Einfluss auf das Handeln deutscher Politiker\*innen. Dies wurde nicht zuletzt deutlich, als Gerhard Schröder, nach dem Wiedereinstieg in deutsche Kriegsführung 1999 in Jugoslawien und 2001 in Afghanistan sich gegen den Beitritt zur „Koalition der Willigen“ gegen den Irak entschied oder die BRD sich 2011 nicht am Regime-Change-Bombardement gegen Libyen beteiligte. Zwar ist in dem langen „War on Terror“ so manches diktatorische Regime zu Fall gebracht worden, aber mehr menschliche Sicherheit, Frieden, soziale Entwicklung und Menschenrechte sind in den betreffenden Ländern nicht erreicht worden. Vielmehr ist eine dauerhafte Destabilisierung (einschließlich anhaltender Fluchtbewegungen) die Folge dieses Krieges.<sup>12</sup>

Die oben dargestellten Pläne des Bundesverteidigungsministerium und der EU zeigen deutlich, dass die derzeitige Außenpolitik der Bundesregierung stark dominiert wird von einer Fixierung auf äußere Bedrohungen (Flucht, Terror, Russland, China, Cyber-Angriffe, Wettrüsten), der offenbar überwiegend mit Aufrüstung und Militarisation begegnet werden soll.

Davon zeuge auch die 14 Auslandseinsätze der Bundeswehr, mit den beiden größten Einsätzen in Afghanistan und Mali mit jeweils über 1.000 Soldaten im Einsatz. Sie dauern

---

<sup>12</sup> Andreas Heinemann-Gründer: Fluchtursache Interventionismus; in: Friedensgutachten 2016



**DL21**

**#leftlessons**

bereits lange Jahre, zum Teil Jahrzehnte, und führen am Maßstab einer Zivilisierung des Konfliktaustrags und der Wohlfühlentwicklung der Regionen nicht zum Erfolg.

Es ist daher eine wesentliche Fragestellung für die Sozialdemokratie wie für die deutsche Außenpolitik, welche friedenslogischen Alternativen aufgebaut und verfolgt werden müssen, um der Militarisierung der internationalen Beziehungen kriegsverhütend und Kriege beendend entgegen zu treten.

Die gegenwärtig immer wieder angewandte – als „Verantwortung“ deklarierte – Prämisse des wachsenden militärischen Engagements ist, dass inner- und zwischenstaatliche Gewalt und Bedrohungen das gewaltsame Eingreifen legitimieren würden: „Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, wollt Ihr es etwa nicht retten?“ oder die Bundeswehr als „die größte Friedensbewegung der Welt“, sind die demagogische Munition, die in der gesellschaftlichen und innerparteilichen Auseinandersetzung verschossen wird.

Wir wollen bei dieser #LeftLesson unsere Alternative herausarbeiten und diskutieren.